

# „Wohlstand durch Welthandel?“

## Bericht über den 3. Tag der ökonomischen Bildung am 10.3.2016 in Münster

Mit dem „Tag der ökonomischen Bildung“ scheinen der Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen (VÖBAS) und das Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Münster ein Veranstaltungsformat gefunden zu haben, das für Lehrkräfte aller Schularten in NRW attraktiv ist: zunächst ein wenig Hochschulatmosphäre in Form der klassischen Vorlesung, dann kontroverse Diskussion auf und mit einem plural zusammengesetzten Podium, schließlich unterrichtsbezogene Workshops von und mit Referenten aus der Schulpraxis. Über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur aus der Region, sondern auch aus weiter entfernten Teilen des Landes waren zusammengekommen, um aktuelle Probleme der Weltwirtschaft zu diskutieren und für den Unterricht aufzubereiten.

Für den einladenden VÖBAS e.V. bedauerte Vorstandsmitglied **Dieter Peters** eingangs die nordrheinwestfälische Entscheidung gegen ein Fach Wirtschaft. Wenn aber folglich die ökonomische Bildung in Integrations- oder Verbundfächern stattfindet, dann müssten nicht nur deren Curricula verbindlich ökonomische Inhalte und Kompetenzen ausweisen, sondern auch die unterrichtenden Lehrkräfte in Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung hinreichend für diese anspruchsvolle Aufgabe qualifiziert werden. Seitens des mitveranstaltenden IÖB Münster verwies Prof. Dr. **Christian Müller** auch unter dem Eindruck der aktuellen politischen Situation in Deutschland und Europa darauf, dass die wohlfahrtsteigernden Wirkungen internationaler Arbeitsteilung und Handelsbeziehungen nur unter der Voraussetzung offener Grenzen und eines politisch zu gestaltenden Regelrahmens realisierbar seien.

In seinem **Fachvortrag** zum Tagungsthema „Wohlstand durch Welthandel?“ ging Prof. Dr. **Thomas Apolte** vom Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung (CIW) der Universität Münster unter Rückgriff auf die klassische ökonomische Theorie zunächst auf zwei weit verbreitete Denkfehler ein. Erstens stelle unter fairen Bedingungen internationaler Handel kein Nullsummenspiel dar, in dem Gewinne der Einen nur auf Kosten der Anderen möglich seien, sondern eine Win-Win-Situation. Und zweitens sei er nicht als Austausch zwischen Kollektiven bzw. Ländern, sondern zwischen Individuen und Unternehmen zu begreifen. Nicht die Verteilung der mit der Expansion des Welthandels verbundenen Einkommenszuwächse zwischen den Staaten, sondern die Einkommensverteilung innerhalb der Staaten müsse daher im Fokus der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung stehen. So hätten im Zuge der Öffnungspolitik in China große Teile der Bevölkerung das Stadium absoluter Armut verlassen und einen noch vor zwei Jahrzehnten kaum vorstellbaren Wohlstand erreicht, während beispielsweise in Nigeria trotz hoher Wachstumsraten der Volkswirtschaft eine extreme Ungleichverteilung der Einkommen herrsche.

In der anschließenden, von Karl-Josef Burkard (Vorsitzender des VÖBAS e.V.) moderierten **Podiumsdiskussion** ging es um die Frage „Was bringt uns die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)?“ **Dr. Stefan Leibold** von attac-Münster bestritt grundsätzlich die wohlfahrtssteigernden Effekte des Freihandels. Er kritisierte TTIP als ein Vorhaben der in die Defensive geratenen westlich-kapitalistischen Staaten zur Verteidigung von Weltmarktanteilen, das weder in den beteiligten Ländern und noch in der übrigen Welt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen führen werde, sondern zur Absenkung von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards und zur Aushöhlung demokratischer Rechte. **Antonia Kühn**, Leiterin der Abteilung Hochschule, Wissenschaft und Forschung beim DGB Bezirk NRW, trat zwar für die Stärkung des Welthandels und der internationalen Zusammenarbeit auf der Basis fairer Regeln ein, die nicht dem Wettbewerb geopfert werden dürften, sondern ihm Grenzen setzen müssten. Im Rahmen der bestehenden internationalen Wertschöpfungsketten sei die Angleichung technischer Normen sinnvoll und auch aus Sicht der Beschäftigten zu begrüßen. Unbedingt zu verteidigen aber seien die historisch erkämpften Arbeitnehmerstandards gegen eine durch TTIP verstärkte Tendenz

zur Absenkung auf das niedrigere Niveau der USA, die nur zwei von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert hätten. **Michael Radau**, Vorstandsvorsitzender der SuperBioMarkt AG und Präsident des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen, akzentuierte ökologische Aspekte von Freihandel und Globalisierung. Der Lebensstandard in den fortgeschrittenen Industrienationen sei nicht globalisierbar. Wohl aber brauchten wir globale ökologische Standards für Produktion und Konsum, auch in Form weltweit anerkannter Qualitätssiegel, welche die Verbraucher freilich nicht aus ihrer Verantwortung für die Umwelt entlassen könnten. Diese agierten nur allzu oft nach der Devise „Denn sie tun nicht, was sie wissen.“ **Prof. Dr. Thomas Apolte** mahnte zur Gelassenheit in der Diskussion: Die Welt gehe weder mit noch ohne TTIP unter; TTIP könne die Dynamik der Weltwirtschaft weder aufhalten noch entscheidend vorantreiben. Klar aber sei, dass bestehende Handelshemmnisse Transaktionskosten verursachen. Die Diskussion über die Verbraucherstandards offenbare die Unterschiede zwischen den USA und der EU: Während die USA Produktion und Handel sozusagen „nachsorgend“ über das Haftungsprinzip regulierten, bevorzugten die Europäer eine hohe Regulierungsdichte im Sinne des Vorsorgeprinzips. Im Interesse mündiger Verbraucher sei daher mindestens auf einer transparenten Kennzeichnung von Produkten zu bestehen.

Alle Diskutanten äußerten sich skeptisch bis ablehnend zu den geplanten Investitionsschutzregelungen im Rahmen von TTIP. Nach Thomas Apolte hatten und haben Investitionsschutzabkommen ihre Berechtigung im Verhältnis zwischen Staaten mit unterschiedlich entwickelten Rechtssystemen, um Anreize für private Investitionen zu setzen, nicht aber zwischen demokratischen Industriestaaten mit umfassenden Klagemöglichkeiten vor einer funktionierenden Gerichtsbarkeit. Stefan Leibold kritisierte die in TTIP und ähnlichen Abkommen angelegte völlige Überdehnung des Investitionsschutzes, der sich nunmehr nicht nur gegen mögliche Enteignungen richte, sondern gegen demokratischen Entscheidungen souveräner Staaten, die wegen vermeintlich entgangener Gewinne vor demokratisch nicht legitimierten Schiedsgerichten verklagt und massiv in ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten beschnitten werden könnten. Antonia Kühn schloss sich dieser Position im Wesentlichen an, während Michael Radau zwar partielles Verständnis für die Forderung nach Investitionsschutz zeigte, aber ebenfalls die bisher bekannt gewordenen Regelungen ablehnte.

Großen Anklang fanden die drei **Workshops** nach der Mittagspause. Dr. Karl-Josef Burkard, StD a.D. und Lehrbeauftragter im Studiengang Politik-Wirtschaft an der Universität Oldenburg, stellte unter dem Titel „Protektionismus oder Freihandel? TTIP aus globaler Perspektive“ eine Unterrichtseinheit für die gymnasiale Oberstufe vor. Andrea Rudel von der Erich-Klausener-Realschule Münster und Werner Völlering vom Gymnasium Nottuln entwickelten in praktischen Übungen eine Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I zum Thema „Chinas Aufstieg in der Weltwirtschaft aus der Perspektive von Konsumenten und Produzenten“. Und Kristin Duwenbeck vom Vamos e.V. gab in einem von Gregor Wegmann, Fürstin-von-Gallitzin-Schule Münster, moderierten Workshop vielfältige Anregungen Möglichkeiten und Grenzen „ethischen Konsums“ mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I zu thematisieren.

Thema, Ort und Termin des **4. Tags der ökonomischen Bildung** für Nordrhein-Westfalen stehen bereits fest: Am Dienstag, dem **7. März 2017**, geht es in den Räumen der Universität Münster um "Migration und Integration als Herausforderung der ökonomischen Bildung" (Arbeitstitel).